

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Oktober 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 498 Anfrage Bolliger Roman und Mit. über die Bedeutung der Ereignisse in Blatten für die zukünftige Klimapolitik / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Roman Bolliger ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Roman Bolliger: Zunächst eine Klarstellung: Der Regierungsrat erwähnt in seiner Antwort das Klimaziel von Paris. Es ist falsch, wenn er in diesem Zusammenhang bloss von einer Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustrieller Zeit spricht. Das primäre Ziel des Übereinkommens von Paris besteht nämlich in der Begrenzung dieser Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius. Das hat auch unser Rat in der Vergangenheit so gestützt. Nun zum Ereignis in Blatten: Am 28. Juni 2025 ereignete sich in Blatten ein fürchterlicher Bergsturz. Ein Bauer verlor dabei sein Leben. Der Bauer hiess Toni, er war Schafzüchter. Er wurde von herabstützendenden Felsmassen erfasst, als er sich um seine Schafherde kümmerte, die sich ausserhalb des abgesperrten Gebietes befand. Er wird nie mehr seine Familie sehen können. Er wird sich nie mehr um seine Schafe kümmern können, er wird nie mehr den Schnee erleben und das Abendrot auf den Bergspitzen sehen können. Wir trauern um ihn, und unser Mitgefühl geht auch an seine Angehörigen. Ein ganzes Dorf wurde zerstört. Die meisten Einwohnerinnen und Einwohner dieses Dorfes verloren ihr ganzes Hab und Gut, ihr Haus, ihr Dorf, mit dem sie zahlreiche Erinnerungen verbinden. Die Wissenschaft sagt klar, dass das Auftauen des Permafrostes dieses Ereignis ausgelöst hat und die Klimaveränderungen zum Auftauen des Permafrosts führen. Wir haben mit unseren Treibhausgasemissionen auch zu diesen Klimaveränderungen beigetragen. Der Regierungsrat schreibt indirekt, dass er mit Ereignissen wie demjenigen in Blatten gerechnet habe. Das wirft die Frage auf: Weshalb haben wir denn in der Vergangenheit nicht noch viel mehr getan, um dazu beizutragen, solche Ereignisse durch mehr Klimaschutzmassnahmen möglichst abzuwenden? Viel zu lange stossen wir schon Treibhausgasemissionen in unserem Land, in unserem Kanton aus. Natürlich haben wir bereits einige Anstrengungen unternommen, um diese Emission zu senken. Doch unternehmen wir tatsächlich genug, gerade angesichts der katastrophalen Ereignisse wie jenem in Blatten? Der Regierungsrat schreibt, dass es wichtig sei, wenn wir in der Schweiz mit dem Klimaschutz vorangehen. Doch tun wir das wirklich? Können wir nicht noch viel mehr tun, um die Emissionen möglichst rasch zu senken? Wollen wir nicht noch viel mehr tun, um das zu erreichen und um dazu beizutragen, dass weitere Ereignisse wie in Blatten möglichst abgewendet werden? Wollen wir nicht möglichst alles tun, um unsere Berge, unsere Heimat zu erhalten und das Leben der Menschen in unseren Bergen

zu schützen?

Marc Horat: Der Bergsturz im Lötschental hat uns alle schockiert und ist eine Mahnung. Er zeigt, dass der Klimawandel nicht einfach etwas Abstraktes ist, sondern ganz real und sich die Auswirkungen je länger, je mehr auch bei uns zeigen. Die Natur reagiert, und das immer heftiger. Wie es in der Antwort des Regierungsrates richtig heisst, gibt es im Kanton Luzern keine Gebiete mit Permafrost. Wir sind aber trotzdem nicht sicher, denn Permafrost ist nicht die einzige Auswirkung eines immer wärmer werdenden Planeten. Wir haben Hochwasser, Hitzewellen und Dürren. Das alles nimmt immer mehr zu und solche Ereignisse werden intensiver und mit potenziell viel grösseren Auswirkungen als beim Bergsturz von Blatten. Die Folgen treffen uns direkt: Die Landwirtschaft, die Gesundheit der Bevölkerung und unsere Infrastrukturen sind gefährdet. Die Antwort des Regierungsrates zeigt, dass man sich dessen im Grundsatz bewusst ist, das ist gut. Die Antwort ist aber auch sehr allgemein. Analysieren und prüfen ist zwar gut und recht, aber wir brauchen mehr als Papier, nämlich konkrete Massnahmen wie Frühwarnsysteme, klare Zuständigkeiten, Unterstützung für die Gemeinden in Risikogebieten sowie die soziale Absicherung, damit die nötigen Investitionen allen zur Verfügung stehen. Eine Bewältigung der Folgen muss für alle möglich bleiben. Wir können es uns deshalb nicht leisten, in diesem Bereich zu sparen. Klimaschutz und eine gute, gewissenhafte Vorbereitung gehören nach Meinung der SP-Fraktion zusammen. Wir müssen die Menschen schützen und nicht nur die Statistik verbessern. Wir nehmen die Antwort des Regierungsrates zur Kenntnis, aber wir erwarten, dass im Planungsbericht Klima und Energie konkret aufgezeigt wird, wie sich der Kanton Luzern mit konkreten Zielen, Zeitplänen und vor allem Budget und Ressourcen vorbereitet. Luzern soll nicht nur davon sprechen, sondern auch handeln – solidarisch, sozial und vorausschauend, damit wir unserer Bevölkerung ein Ereignis wie in Blatten ersparen können.

Marlen Vogel-Kuoni: Beim Lesen der Antwort ist mir der Bergsturz von Goldau mit 457 Todesopfern in den Sinn gekommen, der sich am 2. September 1860 ereignet hat. Damals gab es noch keine Autos und die Waren wurden mit Pferden transportiert. Solche extremen Ereignisse gab es schon immer. Beim Umgang mit Naturgefahren müssen alle möglichen Verkettungen von verschiedenen Umständen beachtet werden. Es darf nicht nur von der Klimaerwärmung gesprochen werden. Der Kanton Luzern ist kein eigentlicher Gebirgskanton und hat kein Gebirge mit Permafrost. Heute haben wir zum Glück technische und andere Hilfsmittel, um solche Ereignisse frühzeitig zu erkennen, damit die Menschen in Sicherheit gebracht werden können. Unser Kanton und die kleine Schweiz leisten einen genügend grossen Beitrag.

Urs Christian Schumacher: Zweifellos wird das Klima seit Anfang des 20. Jahrhunderts wärmer, das bestreitet niemand. Den Zusammenhang mit dem CO₂ wage ich zu hinterfragen. Dies wagen auch viele Wissenschaftler zu hinterfragen, aber es stehen natürlich auch ganz relevante Gelder dahinter, darüber möchte ich mich jetzt nicht im Detail auslassen. Der leichte Anstieg der Durchschnittstemperatur führt dazu, dass die Vergletscherung und der Permafrost im Hochgebirge zurückgehen, was Naturereignisse und Bergstürze wie in Blatten begünstigt. Nur in Blatten war es eine Felsbeladung des Gletschers, der den Gletscher zum Rutschen brachte, und solch ein Ereignis wird immer eintreten, wie wir im Zusammenhang mit dem Bergsturz Art Goldau gehört haben. Die Berge zerfallen, das ist ein natürlicher Prozess, und man kann nicht jedes solches Ereignis dem Klimawandel anlasten. Wichtiger als viel Geld in eine umstrittene Intervention gegen den Klimawandel einzusetzen, ist es, mit dem Klimawandel zu leben und Ressourcen einzustellen, um Gefahren rechtzeitig zu erkennen und Massnahmen dagegen zu treffen. Die Klimadebatte hat auch moralisch etwas Unglaubliches. Die Funktionäre derselben Parteien, die uns moralisch verpflichten wollen,

auf jeden Liter fossilen Brennstoff zu verzichten und kalt zu duschen, fliegen in der ganzen Welt herum von einer Konferenz zur anderen und jubeln bei jedem Gas- oder Öllager, das in Russland in die Luft geht. Hat eigentlich schon einmal einer dieser Klimaexperten ausgerechnet, wie viel unnötiges CO₂ durch den Ukrainekrieg freigesetzt wird, ganz zu schweigen von den vielen Verwundeten und Toten? Wenn wir unser Geld für echte Diplomatie, Neutralität und für die Anpassung an den Klimawandel verwenden, haben wir womöglich viel mehr erreicht als für eine ideologische Decarboxylierung. Übrigens, hat neben dem CO₂ auch das Methan einen ganz wesentlichen Anteil, nämlich 20 Prozent. Im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg ist ja auch das Frackinggas ein Thema, vielleicht sollten Sie sich mal dieser Thematik zuwenden. Deutschland macht es vor. Mit ihrem Green Deal wird die Energie verknappt und mit Abgaben derart verteuert, dass die Wirtschaft abwandert. Es kommt zu einer eigentlichen Deindustrialisierung. Die Klimapolitik führt letztlich dazu, dass das Leben für die Bürger immer teurer wird und dass das Weltvermögen von den Bürgern zu den Oligarchen und den grossen Vermögensverwaltern umverteilt wird, also ein höchst unsozialer Prozess.

Sara Muff: Wir sind gerade in einige Themenbereiche abgedriftet. Ich habe einen Funken Hoffnung, dass es sich dabei nicht um die Meinung der gesamten SVP-Fraktion handelt. Ich appelliere, dass unser Rat der Wissenschaft folgt und dem, was wir wissen. Auf diese Weise bringen wir den Kanton vorwärts. Zum Thema Wissenschaft: Mir ist der von Urs Christian Schumacher zitierte Herr bekannt, ich musste schon Artikel von ihm lesen. Eigentlich handelt es sich bei Stefan Homburg um einen deutschen Finanzwissenschaftler. Er wurde einer breiteren Öffentlichkeit während der Covid-19-Pandemie durch seine umstritten Kritik an Regierungsmassnahmen und die Verbreitung von Falschinformationen bekannt. Notabene wird er seit 2025 von der AfD als Sachverständiger zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie eingesetzt. Nachfolgend zwei Sätze zur Klimakrise: «Nach der akuten Phase der Corona-Pandemie äusserte Homburg sich verstärkt zum Klimawandel und leugnete diesen. Der Klimawandel sei eine ähnliche Legende wie die Corona-Pandemie.»

Monika Schnydrig: Wissenschaft bedeutet nicht einfach eine Meinung. Wissenschaft ist kontrovers und es geht um Thesen und Antithesen usw. Deshalb finde ich solche Wortmeldungen nicht sehr hilfreich. Es ist gut, wenn wir quer lesen und nicht alle dasselbe denken, so kommen wir zu den besten Lösungen.

Urs Christian Schumacher: Der genannte Professor Stefan Homburg ist in der Enquete-Kommission Corona des Bundestages und nicht nur einfach von der AfD. Er leugnet den Klimawandel nicht, sondern er hat die ganzen Daten bezüglich CO₂ zusammengetragen und stellt Fragezeichen dahinter. Das habe ich ausgeführt.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Wir haben die Anfrage ausführlich beantwortet. Ich spüre, dass Sie sich auf die Diskussionen zum Planungsbericht Klima und Energie freuen. Dort können Sie die Diskussion gerne mit unserem Rat führen. Die Massnahmen, die wir durchführen, müssen immer verhältnismässig sein. Zudem müssen sie nachhaltig sein, das heisst ökologisch, ökonomisch und sozialverträglich. Es ist immer mehr möglich. In der Schweiz entscheiden wir demokratisch und versuchen alle mit einzubeziehen. Deshalb geschieht vieles freiwillig oder weil man das Gefühl hat, das Richtige zu tun. Über konkrete Massnahmen können wir anlässlich der Beratung zum Planungsbericht Klima und Energie diskutieren, und zwar zur Klimaadaptation, über die wir uns ja einig sind. Beim Klimaschutz hingegen scheinen wir uns nicht mehr alle einig zu sein.